seins der Besitzenden auf der Handhabung des altrömischen Grundsatzes begründet ist: divide et impera! Teile und herrsche! Laß die Arbeiter nicht zur Einigkeit kommen und du wirst die Klinke der Gesetzgebung in Händen behalten.

Aber ein erfreulicher Ausblick für die Zukunft eröffnet sich uns. Die Scharfmacher gehen in dieser Zeit der Not so brutal vor, daß auch denen, die bisher anscheinend mit Blindheit geschlagen waren, die Augen sich weit öffnen müssen. Die „Christlichen" sind es gewesen, die früher am meisten über sozialdemokratischen Terrorismus geschrien haben. Jetzt, wo sie sehen, wie ihr Geschrei ausgenutzt werden soll zur Vernichtung des Koalitionsrechts, jetzt sind sie wenigstens ein bißchen zur Einsicht gekommen und haben Stellung genommen gegen die Wohltaten, die die Gamp und Westarp über die Arbeiter ausschütten wollen.

Hoffen wir, daß es bei denen, die den Weg noch nicht zu uns gefunden haben, bald tagt. Wir selbst aber haben die Pflicht, unverdrossen und nimmermüde weiterzuarbeiten an der Festigung unserer Organisationen und der Aufklärung unserer Klassengenossen, die wir noch gewinnen müssen.

Kein Zweifel kann darüber bestehen, daß wir neuen schweren Kämpfen entgegengehen. Wohlan, wir sind bereit! Sei uns gegrüßt, du neues Jahr, als ein Jahr des Kampfes!

Das wirtschaftliche Jahr.

Im Vorjahre haben wir an dieser Stelle dem Jahre 1913 ein schlechtes Prognostikum gestellt, welches leider in Erfüllung gegangen ist. Die Krise nimmt bereits erschreckende Dimensionen an, obgleich die amtlichen Ziffern von einer erheblichen Steigerung des deutschen Außenhandels sprechen. In den Monaten Januar/November 1913 stieg nämlich der deutsche Warenexport von 8019,3 Millionen Mark auf 9122,3 Millionen Mark, also um 1103 Millionen Mark gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Aber die Ermittelungen des Reichsstatistischen Amts in bezug auf den Umfang der Arbeitslosigkeit bestätigen unsere Voraussage. Allein im November 1913 waren von 1,78 Millionen Mitgliedern aus 16 der größten Fachverbände 3 Proz. ohne Beschäftigung, im Jahre 1912 waren es 1,8 Proz. Nach den Mitteilungen des Vereins deutscher Eisenindustrieller fiel die Roheisenerzeugung im November um 50 283 Tonnen gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres. Mäßig waren die Textilindustrie und die Stahlwerke beschäftigt; hier ist ein Versandausfall von 30 452 Tonnen zu verzeichnen. In den Bergwerken wurden die Arbeiter scharenweise entlassen und Feierschichten in erheblichem Maße eingeführt. Im Holz- und Baugewerbe ist die Lage geradezu trostlos. Aus den meisten Industriezweigen wird von weiterem Abflauen des Geschäftsganges berichtet, obgleich die Krise schon jetzt mit ganzer Schwere auf der Gesamtarbeiterschaft lastet, wohingegen bei den Großunternehmungen die Gewinne sich unheimlich anhäufen. In 184 Aktiengesellschaften der Montanindustrie ist die für das Geschäftsjahr 1912/13 zur Verteilung gelangende Dividende von 9,6 Proz. auf 10,8 Proz. gestiegen. Die Summe der verteilten Dividende stieg von 163,83 auf 194,29 Millionen Mark. Es erzielte die Firma Friedrich Krupp in Essen im Geschäftsjahr 1912/13 einen Ueberschuß von 43 Millionen Mark. Die Herstellung von Kanonen und Panzerplatten ist doch ein einträgliches Geschäft. Was ist da wunder, wenn die Reichsschuldenlast auf die sechste Milliarde hinaufschiert. Die Aermsten der Armen müssen in erster Linie durch die indirekte Steuer für die Zinsdeckung aufkommen, die im Jahre 1912 bereits 175 291 700 Mk. erforderte. Im Jahre 1877 wurden zu diesem Zwecke 16 300 000 Mk. gebraucht, das heißt in 35 Jahren hat sich die Reichsschuldenlast verelffacht. Aber für seine hungernden und frierenden arbeitslosen Bürger hat der Staat nichts weiter als Versprechungen über die Bekanntgabe der Resultate seiner Erwägungen übrig, die die Reichsregierung mit ihrem Stab von Ministern und Geheimräten schon seit zwanzig Jahren anstellt, ohne zu einem Resultat zu kommen. Es wird immer weiter erwogen. Derweil zeigen die organisierten Arbeiter, wie es gemacht werden muß. Millionen werden groschenweise zusammengebracht und damit mancher Hunger gestillt und manches Elend gelindert. Der Deutsche Bauarbeiterverband hat auf seinem im Anfang Dezember abgehaltenen Verbandstage die Arbeitslosenunterstützung beschlossen. In vielen Kommunen hat die Arbeiterschaft durch geeignete Entsendung von Vertretern ins Stadtparlament vorgesorgt, durch deren Betreiben verschiedentlich die Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter oder Kölner System eingeführt worden ist. Wo die erforderlichen Mittel nicht ausreichen, geben die in Arbeit Stehenden freudig ihr Scherflein zu den veranstalteten Sammlungen. Die Regierung aber erwägt ruhig weiter und sinnt darüber nach, wie sie das Volk mit neuen Steuerlasten beglücken kann, um dem freßgierigen Moloch Militarismus das stets offene Maul zu stopfen.

Auch auf dem Wege der Volksversicherung sind die Gewerkschaften im Verein mit den Genossenschaften bahnbrechend vorgegangen, indem sie die „Volksfürsorge" in Betrieb genommen haben, deren Prinzip es ist, daß den Versicherten nichts von den Einzahlungen verloren geht, wie es bei den privaten, auf Erwerb gerichteten Lebensversicherungen der Fall gewesen ist. Durch das Inslebentreten der „Volksfürsorge" haben diese Gesellschaften den Versicherten einige Konzessionen machen müssen. Doch verbleibt ihnen immer noch so viel, daß die Herren Direktoren und Aufsichtsräte jährliche Bezüge haben, die in die Hunderttausende von Mark gehen, wohingegen die unteren Beamten sehr schlecht entlohnt werden. Es ist zu erwarten, daß die Arbeiter nur noch die „Volksfürsorge" für Versicherungsabschlüsse in Anspruch nehmen.

Der Beginn des Jahres 1912 stand im Zeichen großer wirtschaftlicher Kämpfe. Vor allem waren die Arbeiter des Bau- und Holzgewerbes arg bedroht. Die Scharfmacher machten alle Anstrengungen, die Einigungsverhandlungen zu hintertreiben. Doch das geschlossene Vorgehen der in Betracht kommenden Gewerkschaften hat diesen schwarzen Plan vereitelt und es ist schließlich doch nach langwierigen, mehrmals abgebrochenen Verhandlungen zum erfolgreichen Abschluß für die Arbeiter gekommen. Hinterher, und zwar am 28. Oktober, haben die Rabardtleute in der Vollversammlung der Handwerkskammer zu Beginn durch den Mund ihres Syndikus Dr. Heinzig die Berechtigung der Bestrebungen der Arbeiter nach höheren Löhnen anerkannt. In seinem Referat über: „Die Bedeutung des Zolltarifs und der Handelsverträge für das Handwerk" führte der Referent in dem Kapitel 3: „Der Einfluß auf die Kosten der Lebenshaltung und die Löhne" unter anderem folgendes aus:

Für den Einfluß der Zölle auf die Kosten der Lebenshaltung sind nun zwei Tatsachen der landwirtschaftlichen Eigenproduktion besonders wichtig.

Trotz des Rückganges der Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen und nur geringer Vermehrung der Anbauflächen hat die deutsche Landwirtschaft eine Ertragssteigerung im Körnerbau fertiggebracht, die die Bewunderung der ganzen Welt erregt. Beim Roggen z. B. betrug der durchschnittliche Ertrag 1891 nur 8,7 Doppelzentner, 1906 aber 15,8 Doppelzentner. Auch in der Viehhaltung und Fleischproduktion ist eine wesentliche Steigerung erreicht worden. Leider zeigt sich aber auf diesem Gebiet, daß unsere Landwirtschaft an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit dabei angekommen ist. Die Viehzählung von 1912 zeigt nicht nur keine Zunahme, sondern eine Abnahme der Viehhaltung. Es gab

1907:	20 630 544 Rinder	22 146 532 Schweine
1912:	20 158 738 „	21 897 673 „

In den Ergebnissen der Schlachtvieh- und Fleischbeschaustatistik kommt der Rückgang ebenfalls zum Ausdruck. Diese ergibt:

	Rinder	Kälber
1905:	3 662 092	4 394 078
1906:	3 609 689	4 217 348
1907:	3 542 446	4 371 379
1908:	3 772 501	4 752 337
1909:	4 118 076	5 144 011
1910:	3 953 758	4 741 727
1911:	3 735 300	4 577 982

Nach anfänglicher Zunahme ein Rückgang, der noch verstärkt wird durch einen gleichzeitigen Rückgang des Schlachtgewichtes der Rinder, wie er von den Schlachtviehhöfen gemeldet wird. In dieser Fleischknappheit zusammen mit der fast vollständigen Verhinderung der Einfuhr lebenden Großviehs finden die hohen deutschen Fleischpreise ihre Erklärung.

Gleichzeitig aber sehen wir auch eine fortgesetzte Steigerung der Kosten der Lebenshaltung, die der anderen Aufgabe der Handelspolitik, unserem Export Auslandsmärkte zu erobern, im Punkte Arbeiterlöhne und Konkurrenzfähigkeit Gefahren bringt.

Für eine vierköpfige Familie, Eltern und zwei Kinder, betrugen die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes (nach den Feststellungen des wirtschaftsstatistischen Bureaus von R. Calwer, Berlin W. 50, Prager Straße 30) in einigen industriereichen Teilen Deutschlands in Mark:

	1896	1900	1905	1911	1912
Rheinland . . .	20,40	21,51	23,62	26,17	26,74
Westfalen . . .	18,65	19,55	21,86	24,06	25,98
Sachsen (Provinz)	19,15	20,03	21,01	25,39	26,73
Sachsen (Königr.)	19,98	21,03	21,79	23,99	26,02
Brandenburg . .	18,53	19,27	22,22	23,35	25,72
Schlesien . . .	18,86	20,—	21,82	24,22	25,03

Interessant ist auch der Vergleich einiger Großstädte:

	1896	1900	1905	1911	1913
Berlin u. Vororte	18,03	19,11	21,96	23,75	24,87
Breslau. . . .	19,74	20,76	23,41	25,53	23,70
Dortmund . . .	18,24	19,53	22,11	24,24	24,84
Düsseldorf . . .	21 45	22,83	21,36	26,07	27,06
Köln	20,76	21,87	23,88	27,18	28,65
Magdeburg . .	18,51	19,71	21,12	25,32	27,48
Dresden . . .	20,13	21,15	21 81	24,01	26,53
Chemnitz . . .	20,82	20,94	21,66	24,08	27,63

Aus solchen Gegenüberstellungen werden Sie erkennen, daß die Lohnkämpfe, die Sie in den letzten Jahren durchzufechten hatten, bedingt waren durch die vorangegangene Lebensverteuerung. Diese Teuerung ist jedoch nicht allein auf unsere Zollgesetzgebung zurückzuführen, sie ist in anderen Ländern ebenso fühlbar. Bei der Höhe der Arbeitslöhne und damit bei der Frage der Konkurrenzfähigkeit spielt aber auch das absolute Preisniveau eine Rolle. Die meisten Lebensmittelpreise stehen in Zusammenhang mit der Zolltarifgestaltung, nicht in dem Sinne, daß z. B. der Londoner Marktpreis vermehrt um unsern Zollsatz den Inlandspreis ergäbe — bei der Preisbildung wirken stets viele Faktoren zusammen, von denen der Zollsatz nur ein einzelner, wenn auch recht gewichtiger ist — aber es hat sich doch durch jahrzehntelange Beobachtung herausgestellt, daß der Inlandspreis für Fleisch und Getreide im allgemeinen die Neigung zeigt, sich ungefähr um den Mindestzollsatz höher zu halten als der Weltmarktpreis. Es treibt eben ein Keil den anderen.

Die wirtschaftlichen Kämpfe haben, wenn auch nicht an Zahl, so doch an Dauer und Umfang erheblich zugenommen. Bis zur Niederschrift dieser Zeilen liegen die amtlichen Erhebungen der Streiks- und Aussperrungen für die ersten drei Quartale 1913 vor, die jedoch mit äußerster Vorsicht zu genießen sind. Denn das Material ist von unteren Polizeiorganen bei den Unternehmern eingesammelt, welche ja bekanntlich gern von ihnen vorgenommene Aussperrungen als Streiks bezeichnen. Dieser Statistik zufolge wurden in den Monaten Januar bis September 1913 insgesamt 1684 Streiks gezählt, gegenüber 1815 im Jahre 1912, 1723 im Jahre 1911 und 2159 im Jahre 1910. Auch die Zahl der vom Streik betroffenen Betriebe ist von 8578 im Jahre 1912 auf 7038 gefallen. Dahingegen wurden 51 543 Streikende mehr als in der gleichen Periode, nämlich 492 681, gezählt. Von den 1684 Streiks verliefen 272 mit vollem, 733 mit teilweisem und 679 ohne Erfolg. Bei 382 Aussperrungen in 6037 Betrieben wurden 70 826 Beschäftigte ausgesperrt. Die Unternehmer erzielten dabei 25mal vollen, 246mal teilweisen und 11mal keinen Erfolg.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir an einige bedeutungsvolle wirtschaftliche Kämpfe erinnern. So an die große Aussperrung der Maler, wovon 15 000 Arbeiter betroffen wurden. Allerdings haben die Meister vom Pinsel und Farbtopf ihren Plan, 53 000 Gesellen auszusperren, nicht in die Wirklichkeit umsetzen können. Die Krefelder Seidenweber, 2600 an der Zahl, zum überaus größten Teil im Textilarbeiterverband organisiert, waren entschlossen, einige Verbesserungen durchzukämpfen. Die anderen Organisationen schlossen sich dem Vorgehen an. Als die Unternehmer aber mit der Aussperrung von 18 000 Arbeitern drohten, kriegten die

Christlichen es mit der Angst zu tun. Hinter dem Rücken der Freiorganisierten schlossen sie einen Vertrag ab, der ihre eigenen Verbandsmitglieder nicht befriedigte. Doch das scherte die Organisationsleitung der christlichen Textilarbeiter sehr wenig. Sie mußten den fälligen Streikbruch liefern. So gestärkt konnten die Unternehmer ihren Aussperrungsgelüsten freien Lauf lassen. Doch nach 17wöchigem Kampfe kam es zu einem befriedigenden Abschluß und die Christlichen waren die Blamierten, was ihnen auch einen riesigen Mitgliederabgang eintrug. Der Verband der Schneider hat für 51 Orte den Tarif gekündigt. In 8 Orten kam es zur Einigung, wohingegen in 43 Orten ein Schiedsspruch gefällt wurde, der den Arbeitern bis zu 10 Proz. Lohnerhöhung brachte. In der Berliner Konfektion erklärten sich die Zwischenmeister mit den 4000 Arbeitern solidarisch, wobei nach mehrwöchigem Ausstand einige Lohnerhöhungen bewilligt wurden. Der wilde Streik der 50 000 Bergarbeiter in Oberschlesien mußte nach kurzer Dauer erfolglos abgebrochen werden. Zwei Wochen währte der erfolgreiche Streik in der Zichorienfabrik der Firma Weiß in Frauendorf bei Stettin, der den Arbeitern ewig im Gedächtnis bleiben wird, weil hier der Arbeitswillige Brandenburg einen Streikenden vorsätzlich erstochen hat, ohne von den Gerichten beitraft zu werden. In demselben Pommern aber dürfen Streikende solche Stützen der Gesellschaft nur scheel anblicken und sie werden auf Jahre hinaus hinter Gefängnismauern gehalten, wie es uns die Stolper Justiz zur Genüge bewiesen hat. Die Aussperrung bei Bosch in Stuttgart, wovon rund 4000 Arbeiter betroffen wurden, wurde nach zwei Wochen erfolgreich für die Arbeiter beigelegt, ebenso die zehnwöchige Aussperrung in den Brennaborwerken zu Brandenburg, wobei ein großer Teil unserer Verbandsmitglieder in Mitleidenschaft gezogen war. Große Aufregung in Arbeiterkreisen erweckte der Werftarbeiterkampf. Am 15. Juli wurde auf Hamburger Werften ohne Zustimmung der beteiligten Zentralvorstände die Arbeit eingestellt, was eine Aussperrung von mehr als 20 000 Personen in den verschiedenen Orten zur Folge hatte. Die Scharfmacher frohlockten. Glaubten sie hier doch einen Beweis gegen die Gewerkschaftsführer in Händen zu haben, die auf die Massen keine Einwirkung haben und deshalb nicht imstande sind, auf die Einhaltung abgeschlossener Tarifverträge hinzuwirken. Obgleich auf den Werften durch die Schuld der Unternehmer überhaupt keine Tarife bestanden, haben alle Unternehmerorganisationen, vom Bund der Industriellen bis herab zu den kleinsten Innungen, von Tarifbruch gefaselt, um so die für andere Gewerbe bestehenden Tarifgemeinschaften in Mißkredit zu bringen. Auch in Arbeiterblättern und Versammlungen wurde dieser Kampf und dabei die gewerkschaftliche Disziplin eingehend behandelt. Das Für und Wider wurde der öffentlichen Diskussion durch die Abhaltung des außerordentlichen Verbandstages der Metallarbeiter in Berlin am 8. und 9. August entzogen, wo in einer mit großer Majorität angenommenen Resolution erklärt wurde, daß das Vorgehen der Hamburger Werftarbeiter nicht im Einklang mit den Grundsätzen gewerkschaftlicher Taktik steht. Später wurde dann mit den Werftgewaltigen verhandelt und ist es auch hier zu einer Einigung gekommen. Es soll nicht verschwiegen werden, daß die Unternehmer sich diese Situation zunutze machten und bei der Einstellung durch die Arbeitsnachweise geradezu schikanös vorgingen. Bei dieser Gelegenheit glaubten die Syndikalisten im trüben fischen zu können, was ihnen jedoch nicht gelungen ist.

Ueber den Anfang Dezember in Berlin abgehaltenen dritten Arbeiterkongreß haben wir ausführlich berichtet und dabei den Nachweis erbracht, wie wenig den radikalen Worten der Christenführer zu trauen ist. Die Ausführungen des Reichskanzlers über das Koalitionsrecht, die er bei der Etatsdebatte machte, haben den vollen Beifall des Herrn Giesberts gefunden. Dieser Arbeiterführer geht sogar so weit, auch den Hinweis des Reichskanzlers auf das neue Strafgesetz in einem den Arbeiterorganisationen günstigen Sinne auszulegen. Er sagt dazu:

„Man wird ja im einzelnen abwarten müssen, welche Vorschläge nach dieser Richtung schließlich die Regierung bei der Reform des Strafgesetzbuches machen wird, und was die Kommission und der Reichstag davon passieren läßt. Die Auffassung des Reichskanzlers ist entschieden richtig, daß man sich keinen überschwenglichen Hoffnungen in den Kreisen derjenigen hingeben solle, welche heute so eindringlich nach größerem Arbeitswilligenschutz rufen. Wenn das Strafgesetz paritätisch gestaltet wird darüber kann doch kein Zweifel bestehen — so können solche Bestimmungen gegen Terrorismus und Boykott und für den „Schutz persönlicher Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des Individuums" den Koalitionen der Arbeitgeber usw. gefährlicher werden als den Organisationen der Arbeiter. Das soll aber die Arbeiterorganisationen nicht abhalten, sich schon rechtzeitig auf diese Strafrechtsreform gefaßt zu machen und die Abwehrmaßnahmen frühzeitig zu treffen, die notwendig sind, um einen Anschlag auf die Koalitionsfreiheit auf diesem Umwege zu vereiteln."

Zum Schluß preist der Verfasser den Reichskanzler als den schützenden Freund der christlichen Arbeiterorganisationen:

„Kein Geringerer als der jetzige Reichskanzler hat bei dem Berliner Kongreß der christlichnationalen Arbeiter im Jahre 1907 den programmatischen Ausspruch getan von der Eingliederung der neuzeitlichen Arbeiterbewegung in die bürgerliche Gesellschaft; und darin liegt die Bedeutung der Stellungnahme des Reichskanzlers in seiner letzten Rede, daß er diesen Eingliederungsprozeß nicht gehindert wissen will durch Gesetze, welche die berechtigte Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften einschränken. Die Standesbewegung der christlich-nationalen Arbeiterschaft erhält damit einen neuen Resonanzboden und es wird gut sein, wenn sie die Stunde nützt."

Wir hoffen, die christlich Organisierten sind nicht „staatsmännisch" genug, um diese Deutung des Herrn Giesberts sich zu eigen zu machen und darum die berechtigten Zweifel an der paritätischen Gestaltung des Strafgesetzes fallen zu lassen. Auf jeden Fall wird es gut sein, wenn alle Arbeiter sich die Darlegungen des Gewerkschaftsführers und Zentrumsabgeordneten merken.

Die Ausschußwahlen zu den Krankenkassen auf Grund der am 1. Januar in Kraft getretenen Reichsversicherungsordnung hat den freien Gewerkschaften manch schönen Erfolg gebracht, wenn auch nicht verschwiegen werden soll, daß er an manchen Orten den Erwartungen gemäß der Organisationsstärke der freien Gewerkschaften nicht entsprochen hat. Hoffentlich wirken die Lehren für die Zukunft und veranlassen unsere Genossen zu nie rastender Aufklärungsarbeit.

Hat die Krise im Jahre 1913 die freien Gewerkschaften nicht erschüttern können, so wird sie es auch im kommenden Jahre nicht können, wenn alle Arbeiter die Bestrebungen der bürgerlichen Parteien, die auf Einschränkung und Vernichtung der wichtigsten Waffe, des Koalitionsrechts, gerichtet sind, durch geschlossenes Zusammenhalten zuschanden machen. Dem Kartell der schaffenden Stände, den scharfmacherischen Industriellenverbänden und ihren gelben Hilfstruppen kann nur die freie Gewerkschaftsbewegung ein wirksames Paroli bieten. Sie zu fördern und zu stärken ist die Aufgabe aller Arbeiter im neuen Jahre.

Das Verbandsjahr.

Will man die wirtschaftliche Lage eines Gewerbes beurteilen, so muß man die Produktionsstatistik studieren, was nur bei Aktiengesellschaften, Trusts und Syndikaten möglich ist. In der Sattler- und Lederwarenindustrie dienen dazu die amtlichen Zahlen der Arbeitslosenzählung und des Außenhandels. Wenn nun, wie in der Lederwarenbranche, die Ausfuhr gestiegen, der Beschäftigungsgrad hingegen gesunken ist, so läßt es darauf schließen, daß der Verbrauch im Inlande nachgelassen hat und die Steigerung des Außenhandels nicht genügend war, um alle Arbeitswilligen beschäftigen zu können. Bei Niederschrift dieses Artikels liegen die Ergebnisse der Monate Januar bis November 1913 vor. Danach ist die Einfuhr von Treibriemen und -bahnen aus Leder gegenüber dem Vorjahre von 1020 auf 1052 Doppelzentner und die Ausfuhr von 8279 auf 8403 Doppelzentner gestiegen. Bei Pferdegeschirren ist die Einfuhr von 291 auf 269 Doppelzentner gefallen, ebenso die Einfuhr von Koffern, Taschen, anderen Sattler- und Täschnerwaren von 7088 auf 6857 Doppelzentner. Die Ausfuhr von Reisetaschen und Handkoffern aus Leder ist von 3688 auf 2751 Doppelzentner zurückgegangen, wohingegen bei Geldtäschchen, Zigarren- usw. Taschen, Necessaires usw. die Ausfuhr von 23 431 auf 28 740 Doppelzentner gestiegen ist. Soweit für unsere Organisation über die Lage des Arbeitsmarktes berichtet wurde, war die Arbeitslosigkeit im Januar und Februar geringer als in den beiden Monaten des Vorjahres; dann setzte die Krise ein. Von je 100 Mitgliedern waren arbeitslos.

	1913	1912
Januar	3,0	4,3
Februar	2,2	4,0
März	2,3	2,1
April	2,9	2,6
Mai	2,4	2,4
Juni	2,4	2,2
Juli	2,6	2,1
August	1,9	1,6
September	2,0	1,3
Oktober	2,5	1,8
November	3,6	2,2

In den ersten drei Quartalen 1912 wurden für Mitglieder unseres Verbandes 53 605 Arbeitslosentage registriert, im gleichen Zeitraum dieses Jahres 54 834 Tage. Demzufolge wurden auch höhere Anforderungen an die Zentralkasse gestellt. Es wurden verausgabt:

	Arbeitslosen-Unterstützung 1913 Mk.	Arbeitslosen-Unterstützung 1912 Mk.	Reise-Unterstützung 1913 Mk.	Reise-Unterstützung 1912 Mk.
I. Quartal	11 498	12 540	851	993
II. „	10 680	7 154	1 615	1 240
III. „	9 850	7 279	1 731	1 626
Summa	31 468	26 976	4 197	3859

Für diese beiden Unterstützungseinrichtungen wurden in den ersten drei Quartalen 1912 30 835 Mk., im Jahre 1913 aber 35 665 oder rund 5000 Mk. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres verausgabt.

Die Lederwarenbranche war bis gegen Jahresschluß mittelmäßig beschäftigt. In der Zeit der Hochsaison, in welcher sich sonst Ueberstunden notwendig machten, wurde in großen Betrieben verkürzt, ja sogar nur halbe Tage gearbeitet. Die Kofferindustrie, hauptsächlich in Berlin, lag sehr darnieder. In der Automobilbranche flaute die Konjunktur gegen Ende des Jahres merklich ab, was eine große Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Die Treibriemenindustrie hofft auf Hebung der Wirtschaftskrise, weshalb trotz Arbeitsmangel Arbeiterentlassungen auf dem Mindestmaß gehalten wurden. Befriedigend, teilweise gut war der Beschäftigungsgrad in der Militärausrüstungsbranche.

Die Schuld an dem schlechten Geschäftsgang wird in erster Linie den Balkankriegen gegeben. Doch stimmt dies nur zum Teil. Denn der Friedensschluß hat durchaus keine Besserung der Handelsbeziehungen mit den osteuropäischen Staaten gebracht. Von größerem Einfluß war die Verteuerung des Leders. Jetzt, nachdem der erste Hunger der Militärausrüstungsindustrie gestillt ist, fällt der Lederpreis, ja er stürzte innerhalb weniger Tage um 10 Proz. Doch können nur wirkliche Kapitalisten davon profitieren, weil mittelmäßige und kleine Fabrikanten bei den teuren Geldverhältnissen nicht so disponieren können wie sie gern möchten. Dazu kommt die Unsicherheit auf dem Wirtschaftsmarkt, die oft wechselnde Modelaune, so daß die Lederwarenfabrikanten sehr große Vorsicht walten lassen. Der am meisten leidende Teil sind die Arbeiter. Sie spüren derartige Krisen am eigenen Leibe und sind verurteilt, den Schmachtriemen immer enger zu ziehen. Daß unser Verband unter diesen mißlichen Umständen doch noch seine Mitgliederzahl von 14 345 am Schlusse des vierten Quartals 1912 auf 15 112 am Schlusse des dritten Quartals 1913 erhöhen konnte, ist ein erfreuliches Zeichen und beweist, daß wirtschaftliche Krisen seiner Stabilität nichts anhaben können. Aber von anderer Seite drohen unserer Organisation Gefahren, die geeignet sind, die sich schon so oft bewährte Disziplin unserer Mitglieder zu untergraben. Rein psychisch betrachtet, ist eine gewisse Verdrossenheit zu erklären. Aber sie darf nicht darin ausarten, daß man sich an dem Verband zu reiben sucht und ihn schließlich

seiner Meldepflicht genügt hat, und ob noch von anderen Auftraggebern Zuschüsse für denselben Hausgewerbetreibenden gezahlt werden. Es steht dem Auftraggeber frei, ein drittes Stück der Liste vorzulegen und sich auf diesem die Zahlung der Zuschüsse bescheinigen zu lassen.

10. Werden Hausgewerbetreibende durch eine Zwischenperson, wie Ausgeber, Faktor, Zwischenmeister, im Auftrag eines Gewerbetreibenden (Auftraggebers) beschäftigt, so tritt die Zwischenperson an die Stelle des Auftraggebers. Insbesondere liegt ihr die Pflicht zur Einreichung der Liste (Nr. 4) und zur Einzahlung der Zuschüsse (Nr. 9) ob. Beteiligt sich die Zwischenperson selbst an der hausgewerblichen Arbeit, so hat sie sich auch selbst in die Liste als Hausgewerbetreibender aufzunehmen, auch hat sie den Zuschuß einzuzahlen, soweit er sich nach dem Entgelt bemißt, der auf die von ihr selbst geleistete Arbeit entfällt. Der Auftraggeber hat ihr die ausgelegten Zuschüsse zu erstatten (§ 491 der R.V.O.). Neben der Zwischenperson bleibt der Auftraggeber gegenüber der Kasse für die Zuschüsse haftbar. Der Auftraggeber hat unverzüglich seiner Kasse (Nr. 4) mitzuteilen, daß die Pflichten des Auftraggebers durch eine Zwischenperson erfüllt werden, und hierbei deren Namen, Stand und Wohnort anzugeben.

Auch in anderen Fällen kann das Versicherungsamt, in dessen Bezirk der Gewerbetreibende (Auftraggeber) seinen Betriebssitz hat, auf Antrag des Gewerbetreibenden dessen Pflichten ganz oder teilweise einer Zwischenperson mit deren Zustimmung widerruflich übertragen.

Bei Streit zwischen Auftraggeber und Zwischenperson entscheidet das Versicherungsamt, in dessen Bezirk der Auftraggeber seinen Betriebssitz hat, endgültig.

11. Zuschüsse, die der Auftraggeber bei der zuständigen Kasse seines Betriebssitzes (Nr. 4) eingezahlt hat, sind von dieser an die Kasse, für die sie eingezahlt sind, am Schlusse jedes Kalenderjahres abzuführen oder zwischen den Kassen zu verrechnen.

Die Kassen können andere Zwischenräume vereinbaren.

12. Die Kasse des Hausgewerbetreibenden ist verpflichtet, diesem auf Verlangen die Höhe der ihm gutgeschriebenen Zuschüsse mitzuteilen.

II.

13. Soweit für die Versicherung von Hausgewerbetreibenden nach § 488 der R.V.O. eine statutarische Bestimmung maßgebend bleibt, gelten die übrigen Vorschriften der R.V.O. über Hausgewerbe und Artikel 9 des Einführungsgesetzes sowie die vorstehenden Bestimmungen nicht.

Zuschüsse, die für einen solchen Hausgewerbetreibenden von anderen als den im § 488 Abs. 2 der R.V.O. bezeichneten Auftraggebern bei den für diese Auftraggeber zuständigen Kassen (Nr. 4) eingezahlt werden, sind am Schlusse jedes Kalendervierteljahres an die für die Versicherung der Hausgewerbetreibenden gesetzlich zuständige Kasse (Nr. 2) und von dieser an die nach der statutarischen Bestimmung zuständigen Kasse abzuführen. Die nach der statutarischen Bestimmung zuständige Kasse hat die Zuschüsse unverzüglich dem Hausgewerbetreibenden auszuzahlen oder auf rückständige Beitragszahlungen zu verrechnen. Die für den Auftraggeber zuständige Kasse (Nr. 4) kann die Zuschüsse auch unmittelbar an die nach der statutarischen Bestimmung zuständige Kasse abführen, wenn ihr diese bekannt ist.

III.

14. In welche Kasse hausgewerblich Versicherungspflichtige gehören, die gleichzeitig in verschiedenen versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen stehen, richtet sich nach ihrer überwiegenden Beschäftigung. Im Zweifel entscheidet das Arbeitsverhältnis, in das sie zuerst eingetreten sind (§ 309 Abs. 1, 2 der R.V.O.).

Berlin, den 5. Dezember 1913.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
(gez.) Delbrück.

Vertrauen.

Im „Vereinsanzeiger" haben wir folgendes beherzigenswerte Eingesandt gelesen: Das Vertrauen baut sich auf auf Wahrheit und Gerechtigkeit; jedoch können wir noch so wahr und gerecht handeln, es werden sich immer Menschen finden, die aus unlauteren, egoistischen Motiven oder aus mangelnder Einsicht uns entgegengesetzte Absichten unterschieben. Dies darf uns aber niemals abhalten, zu tun, was wahr und recht ist.

Die Wahrheit und Gerechtigkeit sind die Stützen der modernen Arbeiterorganisation, die Pfeiler, auf denen das Vertrauen und die Kraft der ganzen Bewegung ruht. Darum schließen sich die einsichtigen Proletarier den Gewerkschaften an, weil sie vertrauensvoll und mit Zuversicht den Kampf gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung mit führen wollen.

Es gibt jedoch in unserer Organisation einen Teil Kollegen, wie auch außerhalb derselben stehende, die früher unserem Verbande angehörten, die andauernd auf die Organisation und ihre Einrichtungen schimpfen. Nach einem bekannten Ausspruche sind „Worte nichts, Taten auch nichts, Motive alles".

Wollen wir nun die Gründe untersuchen, so müssen wir klar, ohne Vorurteil prüfen, warum diese Kollegen unzufrieden sind und der Organisation fernstehen. Betrachten wir diese Leute, so sehen wir, daß ein großer Teil fernsteht aus egoistischen Motiven, diese wollen ernten, aber nicht säen. Verlangt man darüber Aufklärung, so haben sie immer einen Entschuldigungsgrund. Wieder ein Teil Kollegen steht uns fern, weil sie nicht die Einsicht haben und ihr Solidaritätsgefühl noch nicht genügend entwickelt ist. Immer mit den jeweiligen Machtverhältnissen rechnend, sind sie heute organisiert, um uns morgen den Rücken zu kehren. So kommt es, daß wir Kollegen haben, die zum soundso vielten Male ihr Eintrittsjubiläum feiern.

Mit diesen beiden Kategorien von Menschen jedoch wollen wir uns hier nicht befassen, weil wir diese nur dann gewinnen, wenn wir die geistige und materielle Macht über sie bekommen. Wir wollen uns vielmehr mit denjenigen heute beschäftigen, die außerhalb der Organisation oder nörgelnd beiseite stehen, es kommen bei ihnen keine egoistischen Motive, kein Haß gegen die Organisation in Betracht, aber ihnen ist nach ihrer Meinung unrecht getan worden. Es gibt ja in Filialen — das wird wohl niemand abstreiten — ein gespanntes Verhältnis zwischen der örtlichen Leitung und einem Teil Kollegen. Worin liegt nun der Grund? Wir haben Kollegen, denen es niemand recht machen kann, die alles kritisieren und verwerfen, die in den Augen denkender Menschen deshalb auch nicht ernst genommen werden. Andererseits betätigen sich Kollegen im Verband, die überall dabei sind, soweit ihre Verhältnisse es erlauben, wenn es sich um das Wohl und Wehe der Organisation handelt. Sie sind die eigentlichen Träger und Vertrauensleute, die agitatorisch wirkenden Kräfte.

Leider gibt es oft Kollegen in vorgeschobener Stellung, die es nicht verstehen, sich das Vertrauen dieser Mitglieder zu gewinnen. Sie sind oft von dem Ehrgeiz beseelt, ihre Anschauungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln durchzudrücken. Geraten sie auf Widerstand, so schlagen sie oft mit den gröbsten Mitteln ihre Gegner nieder, und wir wissen ja, daß geschulte Redner in den Versammlungen recht bekommen, selbst wenn sie unrecht haben. Nun ist dabei das Traurige zu verzeichnen, daß Kollegen, die in ihrem Eifer einmal mitreden, und denen nun gleich nach allen Regeln der Kunst heimgeleuchtet wird, sich zurückziehen. Je nachdem, wie sie mitgenommen werden, treten sie aus oder werden Nörgler. So sind aus Agitatoren Hemmer der Organisation geworden. In ihren Augen verkörpern einzelne Personen die Organisation. Darum hat der Angestellte einen verantwortungsvollen Posten; alles was er sagt und tut, wirkt auch auf die Kollegen mehr, als wenn sonst jemand aus den Kollegenkreisen dasselbe tut; alle seine Talente tragen zur Förderung, alle seine Fehler zur Schwächung der Organisation bei und darum ist er doppelt verpflichtet, sich das Vertrauen der mit Idealen beseelten Kollegen zu erringen. Stößt man aber Kollegen, die es ehrlich meinen, mit unlauteren Argumenten andauernd vor den Kopf oder versucht sie der Lächerlichkeit preiszugeben, so ziehen sie sich mit dem Bewußtsein zurück, unrecht behandelt worden zu sein.

Alles kann die menschliche Seele ertragen, Not und Entbehrungen, nur kein Unrecht. Darum rufe ich allen auf vorgeschobenen Posten stehenden Kollegen zu: Erwerbt euch durch wahrhaftes und gerechtes Handeln das Vertrauen! Benutzt niemals andere als Mittel zum Zweck! Nur die Wahrheit und Gerechtigkeit führt uns empor und erwirbt uns das Vertrauen und die Macht!

Der Streik der Sattler in Bern

dauert bereits die achte Woche, ohne daß eine Einigung bevorstände. Die Meister sind immer noch im Glauben, es werde ihnen gelingen, die Organisation zu vernichten. Daß es ihnen damit ernst ist, davon zeugt die neue Werkstattordnung, die bereits am 1. November in Kraft gesetzt wurde, also zu einer Zeit, als den Arbeitern nahegelegt wurde, die Kündigung noch um 8 Tage zu verlängern und die Unterhandlungen vor dem staatlichen Einigungsamt eifrig fortgesetzt wurden. Die Meister haben also mit der Gewerkschaft und dem Einigungsamt nur Komödie und Schinderei gespielt. Es war ja schon damals ihr Vorsatz, überhaupt keinen Vertrag mehr mit der Gewerkschaft abzuschließen.

Die Meister haben in der neuen Werkstattordnung keine einzige Forderung der Arbeiter berücksichtigt. Im Gegenteil, es wurde die im Jahre 1909 vereinbarte Werkstattordnung noch verschlechtert. In allen 12 Artikeln derselben werden dem Arbeiter nur Pflichten, aber keine Rechte eingeräumt. Die Verschlechterungen gegenüber den früheren Zuständen sind in der Hauptsache:

Verlängerung der Arbeitszeit am Samstag um eine Stunde; Verlängerung der Probezeit von 8 auf 14 Tage; die Einführung der Akkordarbeit, wobei es dem Meister vorbehalten ist, die Tarifsätze zu fixieren und nach Willkür zu reduzieren; Einführung einer Lohnkaution von einem Wochenlohn; Einführung der Sonntagsarbeit und Ausschaltung der Organisation als Vertreter der Arbeiterschaft.

Um zu ihrem Ziele, Vernichtung der Arbeiterorganisation, zu gelangen, werden in der illustrierten „Sattler- u. Tapeziererzeitung", dem obligatorischen Organ des Sattlermeisterverbandes, die Ausländer als Ursache des Streiks hingestellt. Es wird da von „ausländischen Hetzern", von „ausländischen Wühlbrüdern", von „Wühlbuber", „zugelaufenen Wienerherren" usw. berichtet und dabei Arbeiter, deren langjähriger Aufenthalt in der Schweiz weder den Behörden noch den Meistern Anlaß zu Klagen bot, in einer elenden, unverantwortlichen Weise denunziert. Es wird in der Meisterzeitung auch empfohlen, diese Gelegenheit zu benützen und die Werkstätten von ausländischen Elementen zu säubern.

Während nun die Meister auf der einen Seite so gegen die Ausländer hetzen, suchen sie andererseits im Ausland wieder Arbeiter bei dauernder Jahresstelle. So wird uns von Wien folgendes berichtet:

„Gebe Ihnen bekannt, daß die Wiener Ledergalanteriewarenfirma Seiser in der „Arbeiter-Zeitung" eine Annonce einschalten lassen wollte, und zwar folgenden Inhalts:

Gesucht selbständig arbeitender Taschner, der auch auf Leder-Suit-Case eingearbeitet ist sowie auch das Mustermachen versteht. Nur ganz tüchtige Kraft kann berücksichtigt werden bei hohem Lohn und angenehmer, dauernder Jahresstellung. Tüchtiger, selbständig arbeitender Koffermacher auf Rohrplatten-, Bügel- und Musterkoffer, sowie in einschlägige Reparaturen eingearbeitet. Offerten unter Zeugnisbeilage an die Firma:

O. Berger-Stalder, Bern (Schweiz).
Spezialgeschäft für feine Lederwaren und Reiseartikel."

Aehnliche Inserate sind auch in Berlin erschienen, um unter goldenen Versprechungen auch deutsche Arbeiter nach Bern zu lotsen. Die Meister gestehen damit ein, daß sie gehörig im Pech sind und die Ausländer nicht jene Hetzer sind, als die sie in der Scharfmacherpresse bezeichnet werden. Die gemeine Denunziation verfolgte wohl nur den Zweck, den Streik in Mißkredit zu bringen und die Polizei gegen die Streikenden scharf zu machen.

Hamburger Brief.

I.

Die Millionenstadt, die Handelszentrale des Nordens bzw. Durchgangsstation des überseeischen Warenaustausches und des Auswandererverkehrs, ist das Ziel so manches Vorwärtsstrebenden und Abenteuerlustigen. Viele, in mißlichen Verhältnissen Lebende, erhoffen hier höheren Verdienst, auskömmlichere Existenzbedingungen und mehr Bewegungsfreiheit, als sie in ihrem derzeitigen Wohnort besitzen. Keineswegs kann aber Hamburg als das Eldorado, von dem der nach Besserung seiner Lage Strebende träumt, angesprochen werden. Gewiß haben hier einzelne eine gute Existenz gefunden, auch mögen die Lohn- und Arbeitsbedingungen, infolge der schweren Kämpfe, die hier von der Arbeiterschaft geführt worden sind, besser sein wie in manchen Orten des Reiches. Doch sind die Kosten der Lebenshaltung erheblich teurer und die kürzere Arbeitszeit wird illusorisch gemacht durch die große Entfernung der Arbeitsstätte von der Wohnung infolge des weitausgebreiteten Stadtgebietes.

So mancher Kollege im Reiche hat wohl den Wunsch, Hamburg kennen zu lernen oder hier zu arbeiten. Keineswegs soll es Zweck dieser Zeilen sein, diesem Wunsche zu begegnen oder den Zuzug fernzuhalten. Im Gegenteil, hier ist wie in anderen Städten eine Auswechselung der Kollegenschaft von großer Bedeutung.

Hamburg hat nunmehr über eine Million Einwohner. Die Stadt hat ihre Größe der geschützten Lage als Hafenstadt und als Warenstapelplatz zu danken. Um sich einen Begriff von dem enormen Güterverkehr zu machen, sei nur erwähnt, daß die Ladekais (Anlegestellen der Seedampfer) eine Länge von zirka 40 Kilometer haben. Dazu kommen noch die sonstigen Ladeplätze. Die große Zahl der Hafenarbeiter wird mit dem Beladen oder Entladen der Seedampfer beschäftigt und dann entlassen. Für ein ankommendes Schiff werden neue Scharen eingestellt, ständige Arbeit hat selten jemand. Genau so ist es in den übrigen Hafenbetrieben, Werften usw. Der Lohn für die schwere Arbeit ist nach Hamburger

Verhältnissen gering. Der etwaige Mehrverdienst durch Ueberstunden wird von den vielen Feierschichten aufgezehrt. Man kann sich leicht ausmalen, wie verheerend ein Abflauen des Güterverkehrs, etwa in Krisenzeiten, auf die Existenz der Hafenarbeiter wirkt. Sind schon bei guten Zeiten ständig Arbeitslose am Hafen zu treffen, so stehen dann Tausende der Entleibten in den Hafenstraßen. Hohnlächelnd konstatieren große und kleine Unternehmer, daß vorderhand eine Schmälerung des Profits nicht zu fürchten ist. Man scheut sich auch nicht, in solchen Zeiten noch mehr Arbeiter aus der Provinz durch prahlende Annoncen heranzulocken, obgleich auch ohnedem ein starker Zuzug von Arbeitskräften zu verzeichnen ist. Wohl werden täglich eine große Anzahl von den ausgehenden Schiffen angemeldet, doch waren ja dafür ebensoviele freigekommen. Die Anzahl der Arbeitslosen wird also nicht vermindert; es findet nur ein Wechsel statt. Die Möglichkeit, Beschäftigung zu erhalten, liegt ständig vor, aber nur für einen beschränkten Kreis, und es bleiben eben mal mehr, das anderemal weniger übrig.

Die große Zahl der Schiffe, welche in Hamburg beheimatet sind, und die Schiffe anderer Nationen, die den Hafen benutzen, bedingen das Vorhandensein von Seeschiffswerften. Dieselben dominieren auf den Elbinseln, woselbst sich auch die Anlegekais befinden. Für letztere sind die Inseln planmäßig eingebuchtet, um die Uferstrecke zu erhalten. Die Werften liegen in langer Reihe am linken Ufer der Norderelbe und zeigen ihre Schwimm- und Trockendocks nach der Stadt. Von den verschiedentlich erhöhten Punkten des rechten Ufers bietet sich dem Beschauer ein wunderbares, stets wechselndes Bild. In bunter Folge sieht man Schiffe aller Nationen vorüberziehen. Dazwischen die kleinen Barkassen und Schlepper, Schuten und Schleppzüge mit Oberländerkähnen. Während ein dumpfes Gedröhne und das Gehatter der Nietmaschinen von den Werften herüberdringt. Mehr darüber zu schreiben erübrigt sich, da die Werftarbeiter in letzter Zeit viel von sich reden gemacht haben. Erwähnt sei noch, daß die Schiffahrtsgesellschaften sich gegenseitig den Rang ablaufen, das größte und schnellste Schiff der Welt zu besitzen. So werden bei guter Konjunktur immer größere Typs in Bau genommen. Nicht nur um den Warenverkehr zu bewältigen, sondern auch dem Personenverkehr, der sich in aufsteigender Linie bewegt, zu genügen. Passieren doch jährlich zirka 130 000 Auswanderer resp. Europamüde unsere Stadt. Durch direkte Linien steht Hamburg in Verbindung mit fast sämtlichen Hafenstädten der Erde. Die Passagierschiffe der Neuzeit sind mit allem erdenklichen Luxus ausgestattet, natürlich nur für die 1. und 2. Klasse und auf Kosten derjenigen, welche 3. Klasse und im Zwischendeck befördert werden. Es ist ja bekannt, daß nur die unteren Klassen Ueberschüsse abwerfen, während die 1. und 2. Klasse mehr Unkosten verursachen wie der Fahrpreis einbringt. Genau wie bei unserer Eisenbahn.

Handel und Schiffahrt nehmen den breitesten Raum im Hamburger Erwerbsleben ein. Groß ist daher die Zahl der Handels- und Transportarbeiter, auch die der Handlungsgehilfen. Mögen sich viele der letzteren in gehobener Stellung befinden, so leben auch viele in geradezu dürftigen Verhältnissen. Dies konnte jedoch immer noch nicht bewirken, daß sich die Organisation der Handlungsgehilfen gut entwickelt hätte. Dagegen haben sich die Arbeiter durch Zusammenschluß mehrerer Verbände im großen Transportarbeiterverband zusammengeschmiedet. Eine geschlossene Phalanx, ernten sie schon die Früchte ihrer Kämpfe. Einige Branchen, welche noch zurückstehen, werden mit der Zeit das Versäumte nachholen. Diese Branchen alle aufzuführen ist hier nicht der Raum. Erwähnen möchte ich nur die für Hamburg typischen Ewerführer, welche mit ihren langen Haken die Schuten (zirka 10 Meter lange Holzschiffe) durch die vielen Kanäle, Fleete genannt, schieben. Durch die Sanierung der Altstadt, mit der man vor einigen Jahren begonnen hat, werden nun alle diese Arbeiter genötigt, in die Vororte hinauszuziehen. In verhältnismäßig kurzer Zeit sind ganz neue Stadtviertel entstanden. Das alte gemütliche Hamburg, das Gängeviertel, wo man sich über die Straße die Hände reichen konnte, verfällt jetzt dem Abbruch. Hier entstehen Millionenbauten, Waren und Handelshäuser. Man will aus der Altstadt ein Geschäftsviertel schaffen. Für viele Arbeiter ist dies eine enorme Schädigung. Wohnten sie bisher in der Nähe der Arbeitsstätte, so müssen sie jetzt einen weiten Weg machen oder mehr Fahrgeld verbrauchen. Auch die Mieten waren in den alten Häusern geringer wie in der Vorstadt, wo sie beinahe den doppelten Betrag ausmachen. Unter Umständen bekommt man in den Vororten noch ungesundere Wohnungen wie in der Altstadt. Gibt es trotz angelegter Straßen doch viele Wohnungen, wo weder Sonne noch Mond hinscheint.

Nächst Hardelsstadt ist Hamburg Fabrikstadt und ist sie als solche auch von ziemlicher Bedeutung. Von den aus dem Auslande eingeführten Rohstoffen werden viele an Ort und Stelle verarbeitet. Die vielen Kanäle ermöglichen den Unternehmern, durch billigen Transport der Rohstoffe, überall Fabriken zu errichten. Mit Ausnahme der vornehmen Stadtviertel, haben alle anderen mehr oder weniger Schlote, welche die Hamburger Luft zu ihrer Berühmtheit verhelfen.

Zum Bankverkehr der Gewerkschaften.

Die Deutsche Bank hat bekanntlich einen Angestellten, der für den Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten agitatorisch wirkte und als Beauftragter seiner Kollegen der Direktion die Wünsche der Angestellten unterbreitete, gemaßregelt. Jener Vorgang hat das Interesse der Oeffentlichkeit in hohem Maße wachgerufen.

Die Versuche, durch Maßregelungen die Privatangestellten einzuschüchtern und sie zum Verzicht auf das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht zu veranlassen, sind in neuerer Zeit immer häufiger geworden. Ein freies Koalitionsrecht ist aber die wichtigste und unerläßlichste Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf um eine bessere Lebenshaltung und die Freiheit der Persönlichkeit. Alle Arbeitnehmer, ohne Unterschied ihrer politischen oder religiösen Ansichten, haben in dieser Frage das gleiche Interesse.

Die deutschen Gewerkschaften haben den Kampf um ein freies Koalitionsrecht stets mit allen Kräften geführt. Wo es galt, das bedrohte Koalitionsrecht zu sichern, waren sie stets zur Stelle. Es war also selbstverständlich, daß die Generalkommission als Vertretung der gewerkschaftlichen Zentralverbände dem koalitionsfeindlichen Verhalten der Deutschen Bank gegenüber nicht untätig bleiben durfte. Ein erheblicher Teil der gewerkschaftlichen Organisationen steht mit der Deutschen Bank in Geschäftsverbindung. Diese Verbindung kann natürlich nicht aufrechterhalten werden, wenn die Deutsche Bank auf ihrem koalitionsfeindlichen Standpunkt beharrt. Um hierüber Aufklärung zu schaffen, hat die Generalkommission mit der Deutschen Bank verhandelt. Es fand eine längere Aussprache zwischen Vertretern der Generalkommission und zwei Direktoren der Deutschen Bank statt, die aber zu keinem für die Gewerkschaften befriedigenden Resultat führte. Die Vertreter der Deutschen Bank versicherten zwar wiederholt, daß die Bank nicht die Absicht habe, das Koalitionsrecht ihrer Angestellten zu beeinträchtigen, sie konnten sich aber nicht dazu verstehen, eine ausreichende schriftliche Erklärung hinsichtlich der Sicherung des Koalitionsrechts abzugeben.

Verschiedene andere Banken bemühten sich um die Kundschaft der Gewerkschaften. Diese kann natürlich nur solchen Instituten zugewandt werden, die keinen Zweifel darüber lassen, daß das Koalitionsrecht der Angestellten nicht angetastet wird und dementsprechende Erklärungen abgeben. Dies ist von mehreren Großbanken gegenüber der Generalkommission bzw. dem Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten geschehen.

Es können nunmehr folgende Banken empfohlen werden:

Berliner Handelsgesellschaft, Berlin W. 8, Behrenstr. 32/33.

Mitteldeutsche Creditbank.

Schaaffhausenscher Bankverein.

Die gewerkschaftlichen Organisationen werden in Zukunft diese Banken bei der Anlage ihrer Gelder bevorzugen.

Drei weitere Banken: die Dresdner Bank, die Commerz- und Diskontobank und die Diskonto-Gesellschaft haben Erklärungen der oben bezeichneten Art nicht abgegeben. Nach Angabe des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten sind aber in diesen Instituten den Angestellten bisher keinerlei Schwierigkeiten hinsichtlich der organisatorischen Betätigung gemacht worden.

Aus Industrie und Handel.

Was die Automobilindustrie in Nordamerika an Leder verbraucht. In „Hide and Leather" finden wir folgende Angaben: Man schätzt die Produktion an Automobilen in Nordamerika für 1913 auf zirka 500 000 Wagen. Allein eine Fabrik wird am Schluß des Jahres den Wagen Nr. 200 000 zum Verkauf stellen können. Und wenn man nun annimmt, daß für jeden Wagen mindestens zwei Häute verbraucht werden, so ergibt sich für den seitherigen Verbrauch an Automobilleder folgendes Resultat:

	gebaute Automobile	benötigte Häute
1909	80 000	160 000
1910	185 000	370 000
1911	190 000	380 000
1912	250 000	500 000
1913	300 000	600 000

Korrespondenzen.

Stettin. (E. 27. 12.) Am 20. Dezember fand die letzte Mitgliederversammlung dieses Jahres statt. Der Besuch war ein sehr geringer und es wurde nur das Notwendigste erledigt. Die Kontrolle über die richtigen Angaben in den Statistikkarten der Autobranche wurde den Kolonnenführern und Vertrauensleuten übertragen. Die Kollegen sind verpflichtet, die Lohnlisten zum Vergleich zur Verfügung zu stellen. Dem ausgesteuerten und ein Jahr lang kranken Kollegen Baumann wurden 10 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt, ebenso den am Weihnachtsfest durchreisenden Kollegen je 1 Mk. Zum Kartelldelegierten wurde Kollege Polzin gewählt. Zu dem am 28. Februar 1914 stattfindenden Winterfest wurde sechs Kollegen zum Komitee gewählt. Die Versammlungen wurden wieder auf einen Sonnabend im Volkshaus festgelegt und sollen im Versammlungskalender bekanntgemacht werden. Zu der am 10. Januar stattfindenden Vorstandswahl wurden die Kollegen ersucht, schon jetzt Stellung zu nehmen, um dann geeignete Vorschläge machen zu können. Es ist zu bedauern, daß ein Teil der Kollegen den Weg zu den Versammlungen nur selten finden, um dort ihre Angelegenheiten zur Sprache zu bringen, anstatt über dieselben an ungeeigneten Orten zu diskutieren und über ungenügende Vertretung ihrer Interessen zu schimpfen. Durch solches Verhalten werden die vorhandenen Vorteile besonders gefährdet. Alle Kollegen müssen nicht nur bestrebt sein, das Erreichte zu erhalten, sondern weitere Vorteile zu erreichen. Dieses ist aber nur durch gemeinsames Handeln möglich. Die Mitglieder- oder Werkstattversammlungen sind der richtige Ort, wo jeder seine Wünsche und Beschwerden vorbringen und die Organisation dann wirksam eingreifen kann. Dieses sollten diejenigen, welche außerhalb der Versammlungen so viel zu sagen haben, einsehen, ehe es zu spät ist.

Rundschau.

Gewerkschaftsschriften und Scharfmachertum. In dem Prozeß der Christenführer Stegerwald und Konsorten gegen 10 sozialdemokratische Redakteure hat Rechtsanwalt Wolfgang Heine auch auf die Rolle der Zentrumsgewerkschaftler des Ruhrgebiets bei den letzten Reichstagswahlen hingewiesen. „Lieber den Teufel als Huec!" hat der Redakteur Imbusch vom christlichen „Bergknappen" gerufen, wie er an Gerichtsstelle eingestand, und auch gegen den Vorwurf, den Wahlkreis Duisburg-Mülheim an einen Scharfmacher ausgeliefert zu haben, hat man sich nicht nur nicht gewehrt, sondern der nämliche Imbusch gab zu, daß das Bureau des christlichen Verbandes nahezu zu einem Wahlbureau für den Zechenkandidaten gemacht worden ist, und daß man Zentrumsstimmen schon im ersten Wahlgang dem nationalliberalen Kandidaten zugeführt hat, damit dieser und nicht die aussichtslosere Zentrumskandidatur mit den Sozialdemokraten in die Stichwahl komme. „Jeder andere ist uns lieber als ein sozialdemokratischer Kandidat!" so sagten die Gewerkschaftsschriften, und sie handelten danach. Die Zeiten sind dahin, wo die christlichen Führer sagten: Mit der Sozialdemokratie mögen sich die herumschlagen, die sie geschaffen haben; wir sind Arbeiter, und alle Arbeiter sind unsere Kampfgenossen! (Giesberts auf dem Arbeiterkongreß Frankfurt 1903.) Nach dem Kölner Prozeß müssen die Gewerkschaftsschriften nicht nur schweigen, wenn man sie als unter der Fuchtel der Bischöfe stehend bezeichnet, sondern vor allem auch, wenn man sie nennt: parteipolitische Gebilde, Zentrumsgewerkschaften, Schutztruppen des Industriekapitals, Streikbrecherverbände, Wahlhelfer des Scharfmachertums. Gegen den letzteren Vorwurf haben sich die Herren in Köln im Gerichtssaal nicht gewehrt, als der Verteidiger Wolfgang Heine ihnen die Rolle vorhielt, die sie im Januar 1912 in Duisburg-Mülheim-Oberhausen gespielt haben.

Alle Kollegen und Kolleginnen der Lederwaren-, Auto- und Militäreffekten-industrie haben die Pflicht, allwöchentlich die Fragekarten zur Statistik auszufüllen.

Jetzt kommt aber der nationalliberale Wahlausschuß dieses Kreises und sucht Herrn Dr. Bötticher durch eine in der bürgerlichen Presse veröffentlichte Erklärung, die sich gegen Hennes Ausführungen wendet, von dem Odium der Scharfmacherei zu befreien. Der Wahlausschuß verweist auf Bötticher's Wahlreden und darauf, was er dieser Tage noch in einer Versammlung in Oberhausen gesagt habe, wo er „für Koalitions- und Streikrecht eingetreten" sei. Wir kennen diese Rede nicht; wohl aber kennen wir Herrn Dr. Bötticher als einen der allergefährlichsten Scharfmacher, und zwar deshalb, weil er nicht in der delirierenden Weise der Arbeiterfeinde Tillescher Observanz vorgeht, sondern mit System, Ruhe und Schlauheit.

Dr. Bötticher hat im Scherlschen „Tag" am 16. und 17. Januar 1913 in zwei Artikeln seinem Herzen Luft gemacht. Er versicherte dort zwar auch, wie ein Jahr vorher als Reichstagskandidat, daß er ein Freund der Koalitionsfreiheit sei; aber er meint die „Freiheit", die nicht gebraucht werden darf: die Freiheit mit dem Galgen daneben. Er verlangt „nur" das Verbot des „den Frieden bedrohenden" Streikpostenstehens. Damit wäre den Koalitionsrechtsfeinden vollauf gedient: erstens bedroht jedes Streikpostenstehen nach der Ansicht der Behörden den „Frieden"; zweitens aber wäre es den Handlangern des Ausbeutertums kinderleicht, durch einige kleine Provokationen der Posten den gewünschten „Tatbestand" herbeizuführen. Dr. Bötticher fordert eine Ergänzung des § 153 der Gewerbeordnung dahin, daß das Streikpostenstehen nur noch „zur Erlangung oder Vermittelung von — Nachrichten (!) statthaft" sei, aber auch nur dann, „wenn dadurch nicht der Friede der Bevölkerung gestört und die Sicherheit und Bequemlichkeit (!!) des Publikums beeinträchtigt (!!) wird". Ferner wünscht er eine „präzisere Fassung des § 240 des Strafgesetzbuchs", um mit dem Nötigungsparagraphen auch die Schikanierung von Arbeitswilligen fassen zu können. Zur Strafverfolgung soll es nicht mehr eines Antrags des Gekränkten bedürfen, oder es soll „einem Verein (!) Aktivlegitimation zur Klagestellung gegeben werden". Endlich liebäugelt B. mit der „Haftung der Gewerkschaften oder Gewerkschaftskartelle" nach §§ 823—831 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Seine Forderungen nennt er einen „wirklich bescheidenen Versuch, die Staatsgewalt zu verpflichten, die Zügel nicht weiter am Boden schleifen zu lassen". Wenn das keine Scharfmacherei schlimmster Art ist, dann gibt es keine. Interessant ist es aber, daß der nationalliberale Wahlausschuß B.s Scharfmachertum schamhaft leugnet, während vor dem Kölner Gericht die Gewerkschaftsschriften gar kein Hehl aus dieser Eigenschaft des von ihnen in den Reichstag entsandten Arbeiterfeindes machten.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Die **gelben** Karten für die Arbeitslosenzählung vom vierten Quartal 1913 sind spätestens bis zum 10. Januar 1914 einzusenden.

Das Mitgliedsbuch Nr. 22 819 ist dem Kollegen Karl Andreas Peck aus Hannover gestohlen worden. Indem dies Buch für ungültig erklärt wird, werden die Unterstützungsauszahler hiermit angewiesen, dem Vorzeiger das Buch abzunehmen.

Der Kollege Johannes Kehm aus Gau Offenbach, Karten-Nr. 19 794, wird ersucht, seinen Verpflichtungen der Zahlstelle Zeitz gegenüber umgehend nachzukommen.

Kollegen oder Ortsverwaltungen, welche den Aufenthalt dieses Kollegen kennen, bitten wir, dessen Adresse zu senden an E. Lenz, Zeitz, Leipziger Straße 37.

Zur Beachtung für Militärsattler!

Den Ortsverwaltungen sind in dieser Woche die roten Lohnstatistikkarten für das erste Quartal 1914 zugesandt worden. Die für das vierte Quartal 1913 ausgegebenen gelben Karten werden ab 2. Januar 1914 eingezogen und sind bis spätestens den 15. Januar an die Hauptverwaltung einzusenden. Jeder auf Militärarbeit beschäftigte, auch die in Zeitlohn stehenden Kollegen haben die Verpflichtung, die Karten gewissenhaft auszufüllen.

I. A. der Tarifkommission: Alfr. Riedel.

Adressenänderungen.

Leipzig. B. Emil Heidenreich, Nonnenstr. 18, parterre links.

Varel. B. und K. Karl Kerkhischke, Hoferkampstraße 52.

Versammlungskalender.

Aachen. Sonntag, den 11. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Dahmen.

Bautzen. Sonnabend, den 10. Januar, abends 8½ Uhr, „Stadt Zittau".

Berlin. Branchen-Versammlungen. Portefeuilles- u. Reiseartikelbranche: Mittwoch, den 7. Januar, abends 8½ Uhr, bei Graumann, Naunynstr. 27. — Militärbranche: Mittwoch, den 7. Januar, abends 6 Uhr, in den Prachtsälen „Alt-Berlin", Blumenstr. 10. — Linoleumleger u. Teppichnäher: Mittwoch, den 7. Januar, abends 8½ Uhr, bei Weihnacht, Grünstraße 21. — Wagenbranche: Mittwoch, den 7. Januar, abends 8½ Uhr, im „Gewerkschaftshause", Engelufer 15. — Eisenmöbel- u. Lederstuhlpolsterer: Donnerstag, den 8. Januar, abends 8½ Uhr, im „Graphischen Vereinshaus", Alexandrinenstr. 44.

Bremen. Sonnabend, den 3. Januar, abends 8½ Uhr, Gewerkschaftshaus.

Erfurt. Sonnabend, den 10. Januar, abends 8½ Uhr, Johannesstr. 16.

Düsseldorf. Samstag, den 3. Januar, abends 8½ Uhr, Kasernenstr. 65.

Frankfurt a. M. Sonntag, den 4. Januar, vormittags 9½ Uhr, Gewerkschaftshaus (Kl. Saal B).

Grünberg. Sonnabend, den 10. Januar, abends 8½ Uhr, „Deutscher Kaiser".

Halle a. S. Sonnabend, den 10. Januar, abends 8½ Uhr, „Volkspark".

Königshütte. Sonntag, den 4. Januar, nachmittags 4 Uhr, Wasserstr. 5.

Leipzig. Reiseartikelbranche: Dienstag, den 6. Januar; Geschirr- und Wagenbranche: Mittwoch, den 7. Januar, abends 8½ Uhr, Gewerkschaftshaus.

Magdeburg. Sonnabend, den 10. Januar, abends 8½ Uhr, Faßlochsberg 9.

Markranstädt. Freitag, den 9. Januar, abends 8 Uhr, „Zur Parkschänke".

Stettin. Sonnabend, den 10. Januar, abends 8½ Uhr, „Volkshaus".

Zeitz. Sonnabend, den 10. Januar, abends 8½ Uhr, bei Kämpfe.

Sterbetafel.

Obertshausen. Am 1. Dezember starb unser Kollege Adam Perl im Alter von 44 Jahren an einem Magenleiden.

Ehre seinem Andenken!

Bücherschau.

Helmolts Weltgeschichte. Unter Mitarbeit von 12 Fachgelehrten herausgegeben von Dr. Armin Tille. Zweite, neubearbeitete und vermehrte Auflage. Mit etwa 1200 Abbildungen im Text, 300 Tafeln in Farbendruck, Aetzung und Holzschnitt sowie 60 Karten. 10 Bände in Halbleder gebunden zu je 12,50 Mk. — Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien. — Selten kann die Neuauflage eines Werkes mit so erhöhtem Interesse begrüßt werden wie die soeben zu erscheinen beginnende zweite Auflage von „Helmolts Weltgeschichte"; denn die verbessernde und verschönernde Hand ist hier in beispielloser Weise tätig gewesen, ein Werk zu erneuern und zu ergänzen. Schon äußerlich übertrifft die zweite Auflage die erste weit: Durch Einführung des Petitsatzes ist eine Teilung des Stoffes gewonnen worden, die eine rasche Orientierung ermöglicht; das der ersten Auflage beigegebene Karten- und Tafelmaterial ist durchgängig sorgfältig revidiert und um das Vierfache erweitert worden. Endlich ist der Schmuck des Werkes und zugleich sein Gehalt wesentlich erhöht worden durch Einführung des Textbildes: den vorliegenden ersten Band zieren neben 12 Karten und 43 Tafeln 170 durchgängig sehr sorgfältig ausgewählte, den Text wertvoll ergänzende Abbildungen. Dieser starken Umgestaltung des äußeren Gewandes entspricht die Neugestaltung und Neubearbeitung des Inhalts. Im Gegensatz zur ersten Auflage, die mit der Geschichte Amerikas begann, und in Uebereinstimmung mit den üblichen Anschauungen stellt die neue Auflage die Geschichte Ostasiens voran. Max v. Brandt hat seine Geschichte Chinas, Japans und Koreas bis zu den abschließenden Ereignissen: Gründung der Republik in China, Tod des Mikado Mutsuhito in Japan und Annexion Koreas durch Japan fortgeführt und selbstverständlich den Text der ersten Auflage einer durchgehenden Revision unterzogen. Schurtz' Darstellung der Geschichte Hochasiens und Sibiriens hat zwei ausgezeichnete Bearbeiter gefunden, die inzwischen Schurtz in den Tod gefolgt sind: Viktor Hantzsch und Erwin v. Baelz. Die Geschichte Indiens von dem gleichfalls verstorbenen Emil Schmidt hat sein Bruder Richard Schmidt in Münster neubearbeitet. „Indonesien" von Schurtz hat Viktor Hantzsch und Karl Weules Abhandlung über „Die geschichtliche Bedeutung des Indischen Ozeans" hat Karl Wegerdt einer erneuten Durchsicht unterzogen. Das ganze Werk wurde in der ersten Auflage von einer Reihe grundlegender und die anthropologisch-geographische Anordnung des Werkes rechtfertigender Abhandlungen von Helmolt, Ratzel und Kohler eingeleitet; der Erfolg des Werkes überhebt den Herausgeber der neuen Auflage, Dr. Armin Tille, der Mühe einer Rechtfertigung, und er kann sich begnügen, in einem knappen, vorzüglich informierenden einleitenden Artikel „Geschichte der Weltgeschichtsschreibung" der Helmoltschen Weltgeschichte ihren Platz in der Geschichte der Geschichtsschreibung anzuweisen.

Anzeigen

Zentral-Krankenkasse der Sattler, Portefeuiller u. Herstellgenossen Deutschlands, E. H. 64 zu Berlin.

Allen Ortsverwaltungen sowie sämtlichen Mitgliedern wünscht

ein glückliches Neujahr

Der Vorstand:
Wilhelm Giese, Vorsitzender.

Die **besten Werkzeuge** für Sattler, Portefeuiller und Tapezierer liefert als **Spezialität**
Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63
Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franko.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

In völlig veränderter Ausstattung erscheint soeben:

Helmolts Weltgeschichte

Zweite, neubearbeitete und vermehrte Auflage unter Mitarbeit bedeutender Gelehrter herausgegeben von **Armin Tille**

Mit etwa 1200 Abbildungen im Text, 300 Tafeln in Farbendruck, Aetzung und Holzschnitt sowie 60 Karten

10 Bände in Halbleder gebunden zu je 12,50 Mark

Prospekte kostenfrei durch jede Buchhandlung

Verantw. Redakt.: H. Weinschild, Berlin. Verlag: Peter Blum, Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.